

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

Schatten-IT in Behörden:

Risiken, Herausforderungen und
Tipps für sicheren Datenaustausch

Mittwoch, 10. April 2024

10:30 – 12:00 Uhr

DIGITALER  STAAT
ONLINE

Nr. 112 Berlin und Bonn

4. April 2024



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Übung macht den Meister

(BS) „Ohne Übungen werden Einsätze zu Übungen.“ Man kann sich nicht vorstellen, dass Feuerwehrleute ohne Übung in den Einsatzdienst geschickt werden. Und diese setzen vorgegebene Abläufe voraus, die bekannt sein müssen.

Katastrophenschutz ist Ländersache. Deswegen hatte der ehemalige EU-Kommissar Christos Stylianides keine Mühen gescheut, bei fast allen Innenministerien der Länder für die Anwendung des Katastrophenschutzes auf EU-Ebene zu werben. Diese Gespräche sind in Baden-Württemberg (BW) auf fruchtbaren Boden gefallen: Brandschutz-Einheiten aus BW nahmen schon an Übungen im EU-Ausland teil. Im Oktober 2024 wird erstmalig auf deutschem Boden eine EU-Übung stattfinden, das heißt eine Katastrophenschutz-Übung unter Anwendung der teils komplizierten EU-Vorschriften und vor allen Dingen unter Beteiligung von Einheiten aus dem europäischen Ausland. Vermutlich wird diese erste Übung Lücken und Probleme aufzeigen, aber das ist das Recht einer jeden Übung. BW bereitet sich darauf umfangreich vor, so auch mit Veranstaltungen in den Landesvertretungen in Brüssel und in Berlin. Ich wünsche dieser Übung möglichst viele kritische, neugierige Fachbesucher und möglichst viele Nachahmer.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Erste EU-Großübung in Deutschland geplant

(BS) Der europäische Katastrophenschutz rückt immer mehr in den Fokus, denn die Katastrophenfälle häufen sich und übersteigen oft die Kapazitäten und Möglichkeiten des betroffenen Landes. Daher werden in ganz Europa seit 2010 immer wieder Großübungen geplant und mit teilnehmenden Ländern geprobt. Insgesamt gab es bisher 35 dieser Übungen, nun macht Baden-Württemberg den ersten Schritt für Deutschland und veranstaltet im Oktober 2024 die EU-Großübung „Magnitude“.

Mit einer Podiumsdiskussion in Brüssel setzte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Baden-Württembergs, Thomas Strobl, den Startschuss für die Veranstaltungsserie, die das Katastrophenszenario Erdbeben zum Thema haben soll. Man müsse das Udenkbare denken, angesichts der Herausforderungen und Krisen, die in den letzten Jahren Deutschland und Europa in den Bereichen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gefordert hatten, erläutert der baden-württembergische Innenminister.

Zu der Großübung im Herbst gehört außerdem eine Workshopreihe, die vorab mit unterschiedlichen Schwerpunkten von Januar bis April 2024 stattfanden, bzw. -finden. Die Workshops befassen sich unter anderem mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Katastrophenschutz oder dem Suchen und Bergen von Menschen. Auch eine erste Besichtigung der vorgesehenen Übungsplätze fand im Rahmen einer ersten gemeinsamen Sitzung der nationalen und internationalen Partner im März statt. Als Nächstes wird die Planung des Szenarios in Angriff genommen, diese soll bei der nächsten Planungskonferenz Ende Mai vorgestellt und besprochen werden.



Thomas Strobl betont bei der Podiumsdiskussion in Brüssel, dass mit der Großübung der grenzüberschreitende Katastrophenschutz vorangetrieben werden soll.

Foto: BS/YOUSSEF MEFTAH

Angesetzt ist die Übung für 36 Stunden und soll das Ereignis eines Erdbebens und damit einhergehende Folgen umfassen, wie der Umgang mit Chemieunfällen, der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und nicht zuletzt der Ortung und Bergung von Verschütteten und Verletzten. Gerade in der Region Baden-Württembergs werden regelmäßig kaum spürbare Erdbeben gemessen, fast wöchentlich sogar leicht spürbare und einmal im Jahrzehnt sei laut Experten mit einem mittelschweren zu rechnen. Mit diesem Hintergrund sei Baden-Württemberg ein sinnvoller Veranstaltungsort und werde die aus der Großübung „Magnitude“ gewonnen Erkenntnisse auch mit anderen Ländern und dem Bund teilen, wie Strobl erklärt, denn Bevölkerungsschutz sei Teamarbeit. „Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf die Bevölkerung legen: Wir müssen Menschen in Krisenzeiten kommunikativ mitnehmen und Vertrauen aufbauen. Es gilt alle Menschen abzuholen und dabei haben wir insbesondere auch vulnerable Gruppen im Blick“, führt Strobl aus.

Ladeinfrastruktur auch für Zivilschutz nötig

(BS) Um das Klima zu verbessern, soll in den nächsten zehn Jahren möglichst viel auf grüne Energie und schadstoffausstoßarme Kraftstoffe umgestellt werden. Die städtischen Busse stellen dabei keine Ausnahme dar. Doch wie der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in einem Positionspapier klar machen möchte, fehlt es hierfür nach an der nötigen Infrastruktur. Was das mit Zivilschutz zu tun hat, erklärt VDV-Vizepräsident Werner Overkamp: „Die Verkehrsunternehmen mit ihrer Infrastruktur – Betriebshöfe, Werkstätten, Tankstellen – und ihren mit Diesel, Gas oder anderen flüssigen Kraftstoffen betriebenen Stadtbussen sind ein Eckpfeiler im Bevölkerungsschutz. Ob im Krisenfall, bei außergewöhnlichen Einsatzlagen oder Katastrophen – Linienbusse können nahezu sofort zur Evakuierung oder als beheizte Unterkünfte aus dem Liniennetz genommen und bedarfsgerecht eingesetzt werden.“

Aktuell funktionieren das alles noch problemlos, doch für eine effiziente Umstellung auf batterieelektrische und wasserstoffbetriebene Busse brauche es noch eine deutliche Weiterentwicklung bei der verfügbaren Ladeinfrastruktur sowie der Reichweite bei alternativen Kraftstoffen. Dazu appelliert Overkamp auch an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Zivil- und Katastrophenschutz vor Ort: „Ohne [sie] wird die Branche das nicht schaffen – und es sind beachtliche Investitionen notwendig.“

Der Vorteil von fossilen Brennstoffen liege in der schnellen Betankung und der weitrei-

chend vorhandenen Infrastruktur, die auch auf Notfälle und Engpässe mit ausreichend Kraftstoffreserven vorbereitet sei. Im Ernstfall könnten dann Busse bei Bedarf vom Linieneinsatz abgezogen werden – bspw. bei Bombenentschärfungen oder Giftstoffalarm, erklärt der VDV-Vizepräsident. Zusätzlich seien die Werkstätten und Tankstellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch Anlaufstellen für Fahrzeuge der Rettungsdienste.

Vor der Umstellung müssten allerdings noch einige Probleme der neuen Kraftstoffinfrastruktur behoben werden, denn ohne ausreichend vorhandener Energieinfrastruktur können Busse nicht geladen werden und bei der Wasserstoffbetankung funktionieren Verdichter und Vorkühler nicht. Zudem sind batteriebetriebene Busse in der Regel genau auf den Linienumlauf abgestimmt und könnten bei einem spontan ausgelösten Notverkehr nicht die benötigten Zusatzfahrten zur Verfügung stellen. Für die Behebung dieser Herausforderungen sieht der Branchenverband einen konstruktiven Austausch und die Erarbeitung von Alternativkonzepten mit Kommunen, Ländern und Zivil- und Katastrophenschutzbehörden für unerlässlich. Unter anderem wird die Planung und Finanzierung von Reserve-Bussen vorgeschlagen, ebenso wie die Positionierung leistungsfähiger Notstromaggregate in Betriebshöfen, einschließlich einer Sicherstellung der kontinuierlichen Versorgung mit notwendigen Flüssigkraftstoffreserven.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

2. April:

- Voll vernetzt auf Streife
- Mögeln und Bölle in Ämter eingeführt

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik.“](#)

3. April:

- Im Indopazifik präsent
- Spionagefall beim Eurocorps

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

3. April:

- Finanzierung des DigitalPakts Schule
- Kompass: Studie zu digitalen Kompetenzen und KI

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Nebenbei Gesund

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“ vom 2.](#)

April:

- Üben, üben, üben

[Podcast „Public Sector Insider Stich-](#)

wort“ vom 7. Februar:

- Klimaneutral digital

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Vorhersagen der Bodenfeuchte für bessere Katastrophenresilienz

(BS) Wie feucht oder trocken der Boden ist, spielt eine wichtige Rolle für den Hochwasserkatastrophenschutz. Denn ist der Boden bereits sehr feucht und damit gesättigt, kann er nur noch wenig Wasser aufnehmen. Ist er dagegen ausgetrocknet, braucht es eine Weile, bis er überhaupt wieder Feuchtigkeit aufnehmen oder speichern kann. Beide Szenarien können bei hohem und anhaltendem Niederschlag zu Überschwemmungen und Hochwasser führen.

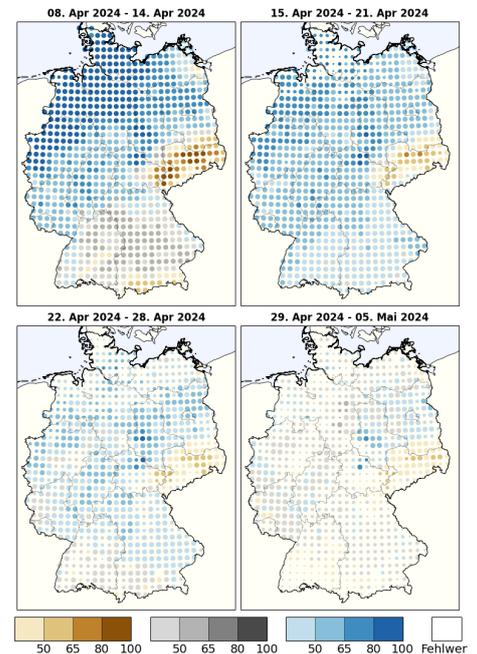
Um sich auf solche potenziellen Lagen zukünftig besser vorbereiten zu können, bietet der Deutsche Wetterdienst (DWD) nun eine neue Leistung an, die „Bodenfeuchtevorhersagen“. Diese kann kostenfrei genutzt werden und bietet eine Vorhersage für die zweite bis fünfte Woche im Voraus und saisonale Bodenfeuchtevorhersagen für die nächsten sechs Monate an. Tobias Fuchs, Klima-Vorstand des DWD, verdeutlicht die Wichtigkeit der neuen Funktion: „Ein Frühwarnsystem ‚Bodenfeuchte‘ ist für den Katastrophenschutz wichtig zur Vorbereitung von Schutzmaßnahmen vor Überschwemmungen. Die Land- und

Forstwirtschaft kann sich damit frühzeitig auf Trockenheitsgefahren wie Dürre oder Waldbrand einstellen.“

Der Trend zu Extremwetterlagen setzt sich schon seit einigen Jahren fort, wie auch der Rückblick des DWD auf das Jahr 2023 zeigt. Denn ganz anders als in den vergleichsweise extrem trockenen Vorjahren 2022 und 2018-20, war 2023 das nasseste Jahr seit 2007.

Dies sei auch der Grund, warum wir direkt von Hitzewellen, Dürren und Waldbränden in 2022 zu durchweichten Wäldern und Feldern und zum Ende des Jahres hin auch Überschwemmungen und Hochwasserlagen gelangt seien. Dennoch sei dies eine gute Ausgangslage für eine verbesserte Grundwasserneubildung, da sich auch die Situation der Bodenfeuchte in tieferen Schichten entspanne, erläutert der DWD bei einer Klimapressekonferenz.

Das Tool des DWD finden Sie [hier](#). Der Auswahlpunkt „Variable“ muss auf „Bodenfeuchte unter Gras (0-60cm)“ eingestellt werden.



Wahrscheinlichkeitsvorhersage für die Bodenfeuchte (Gras, 0-60 cm): Die Farbe zeigt die wahrscheinlichste Kategorie (Trocken/ Normal/ Feucht) der Klimavorhersage (Wochenmittel) im Vergleich zur Klimaausprägung im Zeitraum 2004-2023 und die Helligkeit die Wahrscheinlichkeit dieser Kategorie.

Vorhersagegüte:

Die Punktgröße zeigt die Vorhersagegüte im Evaluierungszeitraum 2004-2023:

- signifikant schlechter als das beobachtete Klimamittel
- vergleichbar zum beobachteten Klimamittel
- signifikant besser als das beobachtete Klimamittel

Vorhersagestart am 01. Apr 2024, erstellt am 02. Apr 2024 © DWD

Das neue Vorhersagemodell für Bodenfeuchte des DWD. Foto: BS/DWD

Auf dem Prüfstein

Freie Wähler: Eine gesicherte finanzielle Basis

(BS) Anlässlich der Europawahlen am 9. Juni haben wir Deutschlands Parteien gefragt, was sie auf EU-Ebene für den Katastrophenschutz erreichen wollen.

[Hier](#) finden Sie alle bisherigen Antworten der Parteien.

Behörden Spiegel: Was wünschen Sie sich für den europäischen Katastrophenschutz in den nächsten vier Jahren?

Freie Wähler-Sprecher: Wir wollen erreichen, dass Europa besser und effizienter auf Katastrophenfälle reagieren kann. Frühwarn-, Melde- und Lagezentren sind auszubauen. Wir setzen uns ein, dass die Mitgliedstaaten bestimmte Kontingente für Notfallsituationen wie etwa bei Flutkatastrophen, Erdbeben oder Waldbränden verpflichtend vorhalten, die rasch europä-

weit einsatzfähig sind. Es geht uns dabei um spezielle Ausrüstung und Gerätschaften inkl. Personal sowie medizinische Notfallteams. Wir werden uns für eine bessere Verzahnung mit unseren europäischen Früherkennungs- und Warnsystemen einsetzen. Hierbei sollte die Integration innovativer und satellitengestützter Technologien weiter gestärkt werden, um rund um die Uhr wissenschaftliche und analytische Unterstützung zu leisten und Datenbanken bereitzustellen zu können.

Behörden Spiegel: Was möchte Ihre Partei an dem aktuellen Katastrophenschutzverfahren der Union ändern?

Freie Wähler: Wir wollen den Katastrophenschutz der EU auf eine gesicherte finanzielle Basis stellen. Nur durch eine

zielgerichtete finanzielle Unterstützung, wie im Beispiel des „Pre-Positioning-Programms“, kann das volle Potenzial des Katastrophenschutzverfahrens ausgeschöpft werden. Durch intelligente Arbeitsteilung können wir hier Steuergelder einsparen, unnötige Bürokratie abbauen und gleichzeitig die Effizienz erhöhen.

Behörden Spiegel: Sollte sich Deutschland im europäischen Katastrophenschutz mehr engagieren?

Freie Wähler: Aufgrund seiner Lage im Herzen Europas muss Deutschland sich verstärkt im EU-Katastrophenschutz engagieren. Trotz der notwendigen Kooperation muss sichergestellt sein, dass das Letztentscheidungsrecht über die nationalen Kapazitäten bei den Mitgliedstaaten verbleibt.

Ein besserer Brandschutz

(BS) Sowohl die Berufs- als auch die Freiwillige Feuerwehr sind essenzielle Bestandteile des Katastrophenschutzes in Deutschland. Daher hat Niedersachsen sich durch Gesetzesanpassungen der Zukunftsfähigkeit seiner Feuerwehren angenommen. Ziel der Gesetzesänderungen sind die Vereinfachung von Beschaffungs- und Organisationsaufgaben und die Förderung des Feuerwehrwesens. So sollen künftig zum Beispiel 8,8 Millionen Euro pro Jahr aus den Haushaltsmitteln des Landes bereitgestellt werden. Zusätzliche Finanzmittel sollen durch die Umverteilung des Feuerschutzsteueraufkommens generiert werden.

Hintergrund für die Anpassungen der Gesetze sind die Ergebnisse der Strukturkommission „Niedersachsen stellt sich den Herausforderungen der Zukunft des Brandschutzes“. Diese hatten gezeigt, dass neben einer allgemeinen Förderung des Feuerwehrwesens vor allem die Ausstattung der Kreisfeuerwehrbereitschaften dringend verbessert werden muss. Bei der Beschaffung von kostspieliger Ausrüstung führen die Gesetzesänderungen zu besseren Einkaufsoptionen für die Gemeinden. Ein Beispiel ist die koordinierte Beschaffung von Löschfahrzeugen für den überörtlichen



Kinder- und Jugendfeuerwehren bieten eine wichtige Möglichkeit, um Nachwuchs zu generieren.

Foto: BS/FFBretzfeld, Pixabay

Brandschutz und dort insbesondere für den Katastrophenschutz (LF KatS). Diese Fahrzeuge werden dann den Gemeinden zur Verfügung gestellt und schaffen gleichzeitig eine einheitliche Ausstattung unter den lokalen Feuerwehren.

Zur zusätzlichen Kostenentlastung bei den Beschaffungen im Brandschutz auf kommunaler Ebene folgt Niedersachsen den Empfehlungen der Strukturkommission und wird dazu zukünftig einen Feuerwehrbe-

darfsplan erstellen und fortschreiben. Der Bedarfsplan sieht die Aufstellung zentraler Landeseinheiten vor, welche die Kommunen allein nicht finanzieren könnten. Ein Beispiel wäre hier die Brandbekämpfung aus der Luft, wie sie das Land bereits im vergangenen Sommer organisiert hat. Niedersachsen hatte dabei mit einem Team aus Südamerika zusammengearbeitet.

Nachwuchs und Fortbildung

Neben der Ausrüstung braucht ein zukunftsfähiger Brandschutz vor allem gut ausgebildete Fachkräfte und Freiwillige. Hier spielt zum einen die Fortbildung der im Katastrophenschutz tätigen Personen eine Rolle, zum anderen aber auch die Unterstützung von Jungfeuerwehren, um weiterhin Menschen für diese wichtigen und interessanten Aufgaben zu begeistern und den Nachwuchs im Brandschutz zu stärken. Im Bereich Fortbildungen wird Niedersachsen das digitale Lehrangebot des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) ausbauen. Für Kinder- und Jugendfeuerwehren soll geprüft werden, ob Betreuerinnen und Betreuer bei einer Teilnahme an Freizeitmaßnahmen im Rahmen ihrer Tätigkeit eine Freistellung gewährt werden kann.

Niedersachsens Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, sagt zu dem Gesetzentwurf: „Unser Vorschlag zur Novelle des Brandschutzgesetzes ist mit wichtigen Anpassungen und vor allem auch mit mehr Geld für die Ausstattung der Feuerwehren und den überörtlichen Brandschutz verbunden. Damit stärken wir gleichzeitig auch den Katastrophenschutz in Niedersachsen. Die Förderung des Ehrenamtes durch die Freistellung von Betreuerinnen und Betreuer für Freizeitmaßnahmen von Kinder- und Jugendfeuerwehren ist mir dabei ein besonderes Anliegen. Die geplante zentrale Beschaffung von Fahrzeugen für den überörtlichen Brandschutz und für zentrale Landeseinheiten kann einen wichtigen Beitrag leisten, um den Brandschutz in Niedersachsen zukunftsfest aufzustellen und die Kommunen in diesem Bereich finanziell zu entlasten.“

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

Lernen in und aus der Dauerlage

WEB-KONFERENZ

10.–11. September

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel

Mehrtägiger Blackout als Super-GAU

(BS) Krankenhäuser bilden eine der „ersten Reihen“ der Kritischen Infrastruktur (KRITIS). Eine Überlastung der Krankenhausinfrastruktur hat schwerwiegende Folgen für die Resilienz der gesamten Gesellschaft. Eine Fachtagung der Gesundheitsstadt Berlin e. V. hat sich deshalb dem Thema Bedrohungen für KRITIS gewidmet. Auch Erfahrungen aus Israel wurden geschildert.

Brigadegeneral Prof. Elon Glassberg, Kommandeur des Medizinkorps der israelischen Streitkräfte, berichtete in Berlin von den Ereignissen des 7. Oktober letzten Jahres. Die Angriffe der Terrororganisation Hamas auf die israelische Bevölkerung hätten die israelische Armee unvorbereitet getroffen. Das Militär habe an diesem Tag versagt: „Das Einzige, was am 7. Oktober funktioniert hat, waren die Protokolle der medizinischen Versorgung“, erklärte Glassberg und berichtete, dass man dadurch viele Leben habe retten können.

Krisenszenarien regelmäßig üben

Die medizinische Versorgungseinrichtungen in Israel übten Katastrophenszenarien regelmäßig. So würden alle drei Jahre in den Krankenhäusern „mass casualty events“ ebenso vorbereitet wie „chemical drills“ und alle vier Jahre werden auch radioaktive Vorfälle geübt. Durch das repetitive Training möchte man Resilienz aufbauen, erklärte der Brigadegeneral. Auch die Standards der Versorgungseinrichtungen seien hoch. Durch die dauerhaften Bedrohungen des Landes Israel aufgrund der instabilen politischen Lage in der Region, aber auch aufgrund von z. B. Erdbebenszenarien, gebe es für israelische Krankenhäuser andere Standards als in Deutschland. Beispielsweise werde vor dem Neubau eines Krankenhauses geprüft, inwiefern ein Großteil des Gebäudes in den „Keller“ verlegt werden könne. Nach dem Hamas-Großangriff haben israelische Krankenhäuser Abteilungen in unterirdische Schutzräume verlegt.

Auch im Bereich Digitalisierung sei die medizinische Versorgung in Israel anders aufgestellt: So würden bei der Verlegung von Patientinnen und Patienten die Daten der Versorgten mit einem Tablet-ähnlichen

Gerät übertragen. Dabei würden – ähnlich wie bei einem NFC-Verfahren auf dem Handy – die Geräte aufeinandergelegt und die Patienteninformationen in wenigen Sekunden transferiert. Gespräche zwischen den medizinischen Kräften sind dabei nicht nötig – so spare man wertvolle Minuten bei der Patientenverlegung, berichtete Glassberg.

Pandemie als Beispiel für Deutschland

Ein Ereignis, das die globale Krankenhausinfrastruktur in Anspannung versetzt habe, sei die Corona-Pandemie gewesen. Hier sei man in Deutschland retrospektiv



Brigadegeneral Prof. Elon Glassberg erklärte auf der Fachtagung, welche Standards bei der medizinischen Versorgung in Israel gelten.

Foto: BS/Gesundheitsstadt Berlin/Thomas Kierok

infrastrukturell gewappnet gewesen. Trotz hoher Grundbelastung über Monate hinweg habe man bspw. Sekundärverlegungen von Patientinnen und Patienten durchführen können, erklärte Dr. Eiko Spielmann, stellvertretender Ärztlicher Leiter beim Rettungsdienst der Berliner Feuerwehr. Die Multifunktionalität der Basisfunktionen der Versorgung sei gewährleistet worden und Kräfte hätten auch deutschlandweit verschoben werden können.

Ereignisse wie die Corona-Pandemie hätten wieder einmal gezeigt, dass die Menschen „in Krisenzeiten näher zusammenrücken“ würden, so Albrecht Broemme, ehemaliger Chef der Berliner Feuerwehr

und Berlins aktueller Flüchtlingskoordinator. In Deutschland sei man zwar auf Krisensituationen mittlerweile besser als vor zehn Jahren vorbereitet, aber immer noch nicht „gut“, sagte Broemme.

Mehrtägiger Blackout als Krisenszenario

Auch zukünftige Krisen können die Kritische Infrastruktur belasten. Ein Beispiel hierfür seien medizinische Notsituationen. Dabei hätte man aber im Regelfall Zeit zu reagieren, weil derartige Situationen sich aufbauen würden, erklärte Simon Batt-Nauerz, Leitung des Geschäftsbereichs Infrastruktur und Nachhaltigkeitsmanagement der Charité Universitätsmedizin Berlin. Ein mehrtägiger Blackout wäre das absolute Krisenszenario für ihn. Ähnlich äußerte sich Jean Kolarow, Chief Security Officer (CSO) der Berliner Wasserbetriebe. Insbesondere Naturkatastrophen könnten zu Notsituationen führen. Das sei zwar unwahrscheinlich, aber in diesen Fällen – und wenn die Wasserversorgung zusammenbrechen würde – könnte die Bevölkerung dazu aufgerufen werden, sich Wasser auf eigenem Wege zu besorgen.

Ein ebenfalls mögliches Szenario ist ein nuklearer Vorfall:

Sollte in diesen Fällen radioaktives Wasser in die Wasserrohre geleitet werden, müssten sämtliche Rohre ausgetauscht werden, so der CSO der Berliner Wasserbetriebe. Die Gefahr eines Zusammenbruchs durch eine Cyber-Attacke sieht er vorerst nicht: „Ich sehe keinen Impact, der die Wasserversorgung durch einen Cyber-Angriff lahmgelegt könnte“, so Kolarow. Eine andere Einschätzung äußerte Lars Huwald, Kriminalermittler bei der Zentralen Ansprechstelle für Cybercrime (ZAC) beim Landeskriminalamt Berlin. Für ihn sei ein flächendeckender Cyber-Angriff ein Super-GAU: „Wenn der bemerkt wird, ist es meist schon zu spät“, so Huwald. Hoffnung machten allerdings kommende Gesetze und Verordnungen, die den Schutz von KRITIS verstärken: „Durch das KRITIS-Dachgesetz und die NIS2-Richtlinie sind wichtige regulatorische Handlungsanweisungen gesetzt“, resümierte der CSO der Berliner Wasserbetriebe, Kolarow.

27. Europäischer Polizeikongress

16. – 17. APR 2024

CityCube Berlin

aus unserem
Programm

DEBATTE

Migration, Integration, Grenzsicherung

LEITUNG

Dr. Eva-Charlotte Proll
Behörden Spiegel

IMPULS

Dr. Michael Spindelegger
*Generaldirektor des
Internationalen Zentrums
für die Entwicklung
von Migrationspolitik,
Außenminister a. D., Österreich*

Hans Leitjens
Exekutiv Direktor, Frontex

Isabell Schmitt-Falckenberg
*Abteilungsleiterin
Bundespolizei im BMI*

Gregor Lange
Polizeipräsident Dortmund

Lena Düpont MdEP
*EVP, Mitglied im Ausschuss für
bürgerliche Freiheiten, Justiz und
Inneres*

DEBATTE

Fußball Europameisterschaft – Gewährleistung sicherer Spiele

LEITUNG

Jürgen Mathies
Staatssekretär a. D.

Dirk Hulverscheidt
*Leitender Polizeidirektor, Ministerium des Innern
NRW, Leiter der polizeilichen Projektgruppe zur
Erarbeitung des polizeilichen Rahmenkonzepts
für die UEFA EURO 2024*

Timo Seibert
*Leiter des Bereichs Sicherheit und Medizin der UEFA
EURO 2024*

Stefan Schedler
*Projektleiter für die UEFA EURO 2024 der Stadt
Leipzig*

IMPULS

Philipp Lahm
*Turnierdirektor,
UEFA EURO 2024*

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.